

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bestellungen annehmen die Geschäftsstelle, die Postämter, sowie alle Postanstalten etc. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreis-ersatzung.

# Lahn-Poste

nebst Amtlichem Kreisblatt



für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einh. Millimeterzeile 8 Goldgr., auswärts, amtl. Bekanntmachungen u. Verleihenungen 12 Goldgr., bei Namen 20 Goldgr. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Kurs der Reichsmark korrigiert. — Druck u. Verlag: G. Ehr. Sommer, Bad Ems, Inh.: G. Bayer, Telephon 95, Fernruf 7, Schriftleitung: G. A. Wosch, Tel.-Adr.: Lahnpost. Ems. Postkonten: Kass. Landesbank u. Postk. A. J. Kirchberger, Bad Ems. Postk. d. St. 10018

## Französl. Vorschlag zur Gründung einer deutschen Goldnotenbank Die Beratung über Beamtenfragen im Ausschuss. Rede des Reichsinnenministers Jarres

### Ein Plan Parmentiers zur Gründung einer deutschen Goldnotenbank

Paris, 6. Febr. Der Berliner Berichterstatter des 'Echo de Paris' will aus guter Quelle erfahren haben, daß der Plan Parmentiers zur Gründung einer deutschen Goldnotenbank von den interalliierten Regierungen angenommen worden sei, und daß auch Hoffnung bestehe, daß die deutsche Regierung den Plan billigen werde.

### Aus den Sachverständigen-Ausschüssen

Wien, 5. Febr. Der zweite Sachverständigen-Ausschuss veröffentlicht folgende Mitteilung: Die Nummernreihe des zweiten Sachverständigen-Ausschusses ist auf Preisänderungen abgestellt worden, wonach die Ende dieser Woche erscheinende Ausgabe des Ausschusses aus Berlin dadurch veranlaßt ist, daß die deutsche Regierung nicht imstande gewesen sei, Fragen, die die deutschen Auslandsgebühren betreffen, zu beantworten. Diese Einzelungen entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Der Ausschuss hatte ursprünglich gehofft, daß er seine Berliner Untersuchungen gegen Mitte dieser Woche beenden könne. Ein Teil des vorzubereitenden Informationsmaterials erwartete jedoch unermesslich längere Zeit als erwartet. Tatsächlich hat der Ausschuss, sowohl von der deutschen Regierung als auch von den Banken jene nur mögliche Unterstützung gefunden. Der Ausschuss beunruhigt gleichzeitig diese Gelegenheit, zu erklären, daß die von den Banken abgelehnten freiwillig zur Verfügung gestellten Zahlenmaterial die Namen auswärtiger Banken weder ersehen noch bekanntgeben worden sind. Der Ausschuss hat es nicht für nötig befunden, irgendwelche Untersuchungen anzustellen, die das Bankgeheimnis verletzen.

Berlin, 5. Febr. Der erste Unterausschuss der ersten Sachverständigenkommission hielt heute vormittag eine Sitzung ab, in der die Frage der Goldnotenbank beraten wurde. Reichsbankpräsident Dr. Schacht mochte den Verhandlungen bei. Mittags begab sich der Ausschuss in das Reichsinnenministerium zu Dr. Luther, um mit ihm ebenfalls über das Währungsproblem zu sprechen. Der zweite Unterausschuss verhandelte vormittags mit dem Staatssekretären Hilder und Schröder sowie mit dem Ministerialdirektor Poppih vom Finanzministerium über die Budgetfragen.

### Die Beratungen über Beamtenfrage im Ausschuss

Berlin, 5. Febr. Der Hauptausschuss des preussischen Landtages legte seine Beratungen über Beamtenfragen fort und nahm einen gemeinsamen Antrag an, wonach die Staatsregierung auf die Reichsregierung mit Nachdruck dahin einwirken soll, daß die seit dem 1. Dezember bestehenden völlig unzureichenden Gehälter der Beamten, Staatsangestellten und Staatsarbeiter schleunigst und reichlich ausbezahlt werden und hierbei eine vollständige Berücksichtigung des Familienstandes stattfindet, ferner die Lebenshaltung der Beamten Angestellten und Arbeiter wie der übrigen Verbürgerlichen durch Herbeiführung eines weiteren Preisabwärtens erleichtert wird. Ferner soll das Staatsministerium ersucht werden, die Notstandsbeschlüsse sofort bereit anzustellen, daß in Krankheitsfällen, bei Geburten, Todesfällen ufm. einmahlige Vorschüsse bis zur vollen Höhe der durch solche Fälle entstandenen außergewöhnlichen Ausgaben gezahlt werden können und dafür zu sorgen, daß diese Vorschüsse mit größerer Beschleunigung angewiesen und gezahlt werden. Weiter soll mit Rücksicht auf die außerordentlich hohen Anforderungen die in der gegenwärtigen Zeit an die Polizei gestellt werden, an alle Polizei- und Kriminalbeamte des Polizeibereiches mit Einschluß der Landjäger in gesamten Staatsgebiet, mit sofortiger Wirkung eine besondere namhafte Zuage gewährt werden.

Berlin, 6. Febr. Die neue Vorlage über den Beamtenurlaub, die im preussischen Staatsministerium fertiggestellt ist, regelt vor allem neu die Art der Zusammenfassung der Beamten, bei der gegen die einmahlige Verweisung in den Ruhestand oder gegen die Entlassung der Beamten mit der Begründung Einspruch eingelegt werden kann, daß die Bestimmungen des Paragraphen 21 verletzt seien, der besagt, daß die Entlassung weder durch politische oder konfessionelle Verweisung noch durch Verweisung in

Verweisung oder durch Zugehörigkeit zu einer politischen Partei befristet werden darf. Die Provinzialausschüsse sind in der neuen Vorlage weggefallen. Statt dessen wird als Kontrollorgan ein einheitlicher Ausschuss in Berlin eingerichtet, der aus der erforderlichen Zahl richterlicher Beamten der ordentlichen und Verwaltungsgerechtsbarkeit besteht. Der Ausschuss kann, wenn die Einlegung des Einspruchs ohne Antritt des Beweises unzulässig erscheint, dem Beamten die dadurch entstandenen Kosten auferlegen. Der Beschluß wird wirksam, wenn das Staatsministerium den Einspruch zurückweist.

### Der neue Gesetzentwurf zum Abbau.

Berlin, 5. Febr. Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Die preussische Staatsregierung hat einen neuen Gesetzentwurf über den Beamtenabbau ausgearbeitet, der dem ständigen Ausschuss des Landtages vorgelegt wird. Der Entwurf bemüht sich, eine Formel zu finden, die die Vorschläge des Landtages mit den Grundgedanken, die die Staatsregierung beim Entwurf dieses Gesetzes leiteten, vereinigt.

### Jarres zur Lage

Harburg, 5. Febr. Der Reichsminister des Innern Jarres hielt gestern abend in Harburg eine politische Rede. Man habe, so sagte der Minister, auch im Auslande heute das Gefühl, daß die gegenwärtigen Zustände nicht weiter bestehen dürfen, soll die Welt nicht in Trümmern gehen. Die Arbeiten der Sachverständigenausschüsse in Berlin dürfe man mit leiser Hoffnung begleiten.

Weitere Ausführungen des Ministers galten den separatistischen Bestrebungen am Rhein. Innenpolitisch müsse die Erhaltung der Währung und das Gleichgewicht der Staatsfinanzen die Hauptpflicht sein. Es heiße sehr, aus der Mißere herauszukommen mit der Parole: Den Willen zur Arbeit und Arbeit. Der Ausnahmezustand könne solange nicht aufgehoben werden, als noch Umtriebe von der äusseren Feinde oder der äusseren Feinde zu befürchten seien. Nur während des Wahlkampfes dürfe die Aufhebung erfolgen.

Zu den Abtrennungsbestrebungen der Deutsch-Hannoveraner führt Jarres aus, man habe ihm anfänglich schles Gläubigerschutzgesetzes am den Hannoverischen Kurier den Vorwurf der Parteilichkeit gemacht. Nach Meinung dieser Leute habe er kein Recht, sich in die hannoverischen Angelegenheiten zu mischen. Es müsse aber gesagt werden, daß er den Führern der Deutsch-Hannoveraner in einer Unterredung erklärt habe, sie möchten in der augenblicklichen Zeit von einer Abtrennung absehen, da das übrige Deutschland dadurch gefährdet werden könnte. Die hannoverschen Vertreter hätten erwidert, die Abstimmung müsse erfolgen, da keine Reife sei. Der Minister betonte, daß er Vertrauen habe zum gemeinsamen Sinn der Bevölkerung, daß sie sich der Loslösung Hannovers von Preußen widersetzen werde. Die Rettung liege in einem großen Preußen und in einem großen Deutschland.

Über die Behandlung der bayerischen Verfassungsbeschäft durch die Reichsregierung wußt das Berl. Tageblatt mitzuteilen, die Reichsregierung habe bereits einmal dem Reichskabinett vorgelegen, jedoch sei es nur zu einer formellen Besprechung gekommen. Zur Zeit nähmen die einzelnen Ressorts zur Druckschrift Stellung. Im Anschluß daran solle im Reichsministerium des Innern eine Denkschrift über das bayerische Dokument ausgearbeitet und dem Reichskabinett vorgelegt werden. Auch der Reichstag werde sich dann mit der Frage beschäftigen.

### England zur Pfalzfrage

Paris, 6. Febr. 'Leit Parisien' berichtet die diesfalsch in der Presse verbreitete Nachricht, daß das englische Foreign Office für die Regelung der Dinge in der Pfalz die Wiederherstellung des Status quo ante gefordert habe. Die englische Regierung sei zwar bereit, den aus der Pfalz von der autonomen Regierung Vertriebenen die Mittel zur Verfügung zu stellen, aber die Rheinlandkommission lehne es ab, die von ihr ausgewiesenen Beamten wieder zurückzulassen. Im allgemeinen aber, sagt das Blatt, sei man zwischen London und Paris nicht mehr weit von einer Verständigung. Diese Unterhandlungen seien die Vorboten von Abmachungen über die großen Probleme, die in letzter Zeit zu den debakelreichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen geführt hätten.

### Französische Industrielle in London

London, 5. Febr. (Wolff.) Nach dem 'Daily Telegraph' ist eine Anzahl hervorragender französischer Industrieller in London eingetroffen. Sie seien nicht in offizieller Mission, aber offenbar auf Anregung der französischen Regierung nach London gekommen, um den Besuch zu machen, britische Industrielle und andere Londoner Persönlichkeiten für den Gedanken eines englisch-französischen Zusammenwirkens in der Behandlung der Rhein- und Industrieindustrie, d. h. also in der Ausnutzung der sogenannten produktiven Wälder zu gewinnen.

### Die rheinische Regierung soll einer neutralen Regierung anvertraut werden

Paris, 5. Febr. Ueber den gestrigen Besuch des französischen Botschafters in London beim Außenministerium berichtet eine Nachrichtenagentur aus London, der Botschafter habe sich über verschiedene Fragen ausgesprochen, so u. a. man könne vor allem über die Pfalzfrage. In englischen diplomatischen Kreisen schreibe man der französischen Regierung einen Vorschlag zu, der offiziell und mündlich übermittleit worden sei, und demzufolge die 'rheinische Regierung' einer neutralen Partei anvertraut werden solle, in der weder Separatisten noch Nationalisten vertreten wären. Diese Regierung würde der Kontrolle der Rheinlandkommission unterstellt werden. Die ewalische Regierung beharre indessen nach wie vor auf ihrem Standpunkt, daß die rheinischen Beamten ohne weiteres ihrer Tätigkeit wieder ausgenommen hätten und daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London dem Haager Schiedsgericht, mindestens aber dem Völkerbund unterbreitet werden müßten.

### Die Abstimmung in Hannover vor dem Reichskabinett

Berlin, 5. Febr. Die heutige Sitzung des Reichskabinetts beschäftigte sich mit der Frage der Abstimmung in Hannover. Zu dieser Frage wurde beschlossen, daß die Vorabstimmung 14 Tage nach dem Reichstagswahlen stattfinden soll.

Artikel 18 der Reichsverfassung, auf dem die Bestimmungen der deutsch-hannoverschen Partei nach Abweisung zunächst eines Teiles der Provinz Hannover von Preußen stehen, besagt, daß ein einfaches Reichsgesetz genügt, wenn die Gebietsänderung oder Neubildung durch den Willen der Bevölkerung gesichert wird und ein vorliegendes Reichsgesetz es erfordert. Dieser Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ist verpflichtet, dem Reichstag ein Reichsgesetz vorzulegen, sobald ein Drittel der zu den Reichstagswahlen berechtigten Einwohner des abzutretenden Gebietes die Abstimmung verlangt. Der heutige Beschluß des Reichskabinetts über die Anberaumung eines Termins spricht von einer Vorabstimmung. Offenbar will die Reichsregierung erst feststellen, lassen, ob sich überhaupt ein Drittel für die entscheidende Abstimmung zwecks Gebietsänderung ergibt. Länderneubildung findet. Für die dann folgende Hauptabstimmung sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber 1/2 der Stimmberechtigten der Wahlberechtigten erforderlich. Wenn es zu einem Beschluß über eine Gebietsänderung kommen soll, Aufhebens bedingt die Reichsregierung damit, daß schon in der Vorabstimmung festgelegt werden kann, daß die Regierung zur Bildung eines Landes Hannover oder Niedersachsen nicht so stark ist, wie interessierte Kreise es annehmen.

Berlin, 5. Febr. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Vorabstimmung in Hannover vierzehn Tage nach den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen.

### Zusammentritt des Reichstages

Der Vossischen Zeitung zufolge tritt der Reichsausschuss des Reichstages am Donnerstag zusammen, um über den Zusammentritt des Reichstages zu beraten.

### Zu den Verhandlungen mit der britischen Regierung

Berlin, 4. Febr. Der Reichsfinanzminister machte heute Vertretern der am Handel mit England interessierten Wirtschaftskreisen folgende Mitteilung über den Stand der Verhandlungen mit der britischen Regierung wegen der englischen Reparationsansprüche. Die Verhandlungen mit England über das German Reparation Account Gesetz sind auch nach der Rückkehr unserer Delegierten aus London fortgesetzt worden. Wir tun alles, was in unserer Möglichkeit steht, um eine Einigung zu erzielen. Die Wiedereröffnung der Verhandlungen unter der ferneren Beibehaltung des Gesetzes ist jedoch für uns unmöglich, weil unser Budget diese monatliche Belastung von 15—17000 Goldmark gegenwärtig nicht tragen kann. Wie bedauerlich dieser Punkt im Budget ist, erkennt man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Gesamtsumme der Schäden aller Reichsbeamten monatlich 45 Millionen Goldmark ausmachen. Zahlungen in verhältnismäßig so bedeutender Höhe würden sofort den jetzt erlebten Zustand wieder in Frage stellen, was auf jeden Fall vermieden werden muß. Wir haben bereits in London der englischen Regierung eine Veränderung vorgeschlagen. Diese Vorschläge haben wir jetzt erneuert und hoffen, daß es England nunmehr möglich sein wird, sie anzunehmen und damit alle Schwierigkeiten, die dem Handel entgegenstehen, zu beseitigen.

### Um den italienisch-russischen Vertrag

London, 5. Febr. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, einige der Mächte in dem neuen italienisch-russischen Vertrag würden hauptsächlich britische Politik in anderen Ländern erzeugen, weil sie das auf der Haager Sachverständigenkonferenz erzielte Übereinkommen zu verletzen schienen, nach dem keine Macht die Rechte anderer Mächte antasten werde. Die Mächte im besonderen, durch die Italien das Monopol in dem russischen Käntenhandel im Schwarzen Meer gesichert werde, sei mit einer dringlichen Empfehlung an die Einleitung zu bringen. Sie könnten überdies für Aufbruch die Wirkung haben, daß ihm außerhalb der italienischen Gewässer das Recht der Fischereiabstimmung in der Schifffahrt vorenthalten würde.

### Von der Zentralregierung

Moskau, 5. Febr. Die auf dem 2. Unionkongress gewählte Zentralregierung der Union Sowjetrepubliken besteht gemäß der Unionverfassung aus zwei Kammern: 1. aus dem Unionsrat mit 414 Mitgliedern, proportional der Bevölkerungszahl der Sowjetrepubliken, 2. aus dem Nationalitätenrat von 100 Vertretern von 32 Republiken und autonomen Gebieten. Das Präsidium der Zentralregierung besteht aus 21 Mitgliedern, nämlich je 7 Vertretern des Unionsrates und des Nationalitätenrates und 7 vom Unionsrat beider Kammern gewählten Vertretern. Den Vorsitz führen Kalinin (R. S. F. S. R.), Petrowski (Ukraine), Partimanoff (Transkaukasische Föderation), Ighernikoff (Weißrussland). Der neugewählte Sekretär der allrussischen Zentralregierung ist Krieff.

### Zum Bearbänis Wilsons

Paris, 5. Febr. Nach einer Bärmermeldung aus London hat die Witwe des ehemaligen Präsidenten Wilson den Wunsch ausgesprochen, daß das Leichenbegängnis ihres Gatten in aller Einfachheit und Stille vor sich gehe. Trotz des lebhaften Drängens des Kriegssekretärs Wechs hat sie das Anerbieten des Weissen Hauses, die Beerdigung feierlich zu gestalten, abgelehnt. Morgen Mittwoch nachmittag wird im Wohnhaus des ehemaligen Präsidenten eine religiöse Feier veranstaltet. Die Leiche wird alsdann nach der Kathedrale von Washington übergeführt, wo eine halbe Stunde später ein hehrer Gottesdienst stattfinden wird. Ummitte der darauf die sterbliche Hülle des ehemaligen Präsidenten in der Krypta der Kathedrale aufgehoben werden. Die Regierung wird in den Tage durch den Präsidenten Coolidge in Begleitung seiner Frau vertreten sein. Die Ränder des Bahnhofs werden von 24 prächtigen Freunden des Verstorbenen getragen werden. Von der Armer sollen nur acht Interessierte der hiesiger Waffenanlagen an dem Leichenbegängnis teilnehmen.











